

Nachdem noch der *Marinekommandant* die gewünschte schriftliche Mitteilung in Aussicht stellt und das *Communiqué* über die Sitzung vereinbart wird, erfolgt der Schluß derselben um 7 Uhr abends.²

Aehrenthal

Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Wien am 1. Juni 1912. Franz Joseph.

Nr. 25a Bemerkungen früherer Protokolle zum Marinebudget

In der Sitzung vom 6. Oktober 1910 sagte Freiherr v. Bienenrath, eine eventuelle frühere Inangriffnahme, wie dies auch mit den Schlachtschiffen geschehen, sei ja keinesfalls ausgeschlossen. Die effektiven Kosten werden ja ohnehin höher sein als die präliminierten. Wenn es tatsächlich nötig sein wird, könne man mit dem Baue früher beginnen, es handle sich hauptsächlich um die spätere Bezahlung. Für die österreichische Regierung sei der springende Punkt die Verteilung der Kredite auf mehrere Jahre. Und Graf Aehrenthal war in derselben Sitzung in der Lage, ohne auf Widerspruch zu stoßen, zu konstatieren, daß die Marine die Möglichkeit besitze, rascher zu bauen.

In der Sitzung vom 20. November v. J. sagte Dr. v. Biliński wörtlich: „Was die vom Marinekommando zu zahlenden Verzugszinsen anbelangt, so stimmen beide Regierungen zu, diese auf sich zu nehmen, wodurch keine Verkürzung der Marineforderung eintreten werde.“

Auch damals wiederholte Baron Bienenrath, daß man sich mit der Bezahlung von Verzugszinsen abgefunden habe, da, so bedauerlich dies vom staatsfinanziellen Gesichtspunkte sei, es aber gerade wegen der Geldbeschaffung nicht anders ginge und müßten sich die Bestellungen nicht mit den formellen Bewilligungen decken. Denselben Standpunkt nahm auch der kgl. ung. Ministerpräsident ein.

Nr. 26 Gemeinsamer Ministerrat, Wien, 6. Dezember 1911

RS. (und RK.)

Gegenwärtige: der k. k. Ministerpräsident Graf Stürgkh, der kgl. ung. Ministerpräsident Graf Khuen-Héderváry, der k. u. k. gemeinsame Finanzminister Freiherr v. Burián, der k. u. k. Kriegsmi-
nister GdI. Ritter v. Auffenberg, der k. k. Finanzminister Ritter v. Zaleski, der kgl. ung. Finanzmi-
nister Dr. v. Lukács, der k. u. k. Marinekommandant und Chef des Kriegsministeriums, Marinesek-
tion, Admiral Graf Montecuccoli. [Teilweise publiziert in: ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK,
Band 3, Nr. 3057.]

Protokollführer: Hof- und Ministerialrat v. Günther.

Gegenstand: Das gemeinsame Budget für das Jahr 1912.

² Fortsetzung über das Budget für 1912 in *GMR*. v. 6. 12. 1911, GMKPZ. 490.

KZ. 88 – GMKPZ. 490

Protokoll des zu Wien am 6. Dezember 1911 abgehaltenen Ministerrates für gemeinsame Angelegenheiten unter dem Vorsitze des k. u. k. gemeinsamen Ministers des Äußern Grafen Aehrenthal.^a

Der V o r s i t z e n d e eröffnet die Konferenz um 11 Uhr vormittags und hält zunächst ein Exposé über die politischen Ereignisse der letzten Monate.¹ Graf Aehrenthal weist hiebei darauf hin, daß er im Laufe seiner Schilderung gewisse Fragen sehr vertraulicher Natur berühren werde, weshalb er im voraus bitten müsse, die bezüglichen Mitteilungen als streng geheime betrachten zu wollen. Was den italo-türkischen Krieg und die Stellungnahme der Monarchie zu demselben betreffe, so hatten Österreich-Ungarn und Deutschland bei Ausbruch keine freie Hand. Deutschland war durch eine Bestimmung des Dreibundvertrages, Österreich-Ungarn durch eine im Jahre 1902 abgegebene Note verpflichtet, bei Eintritt gewisser Eventualitäten im türkischen Reiche einer italienischen Expansion in Nordafrika nicht hindernd in den Weg zu treten.² Obwohl im vorigen Herbst keine solche Situation vorlag, welche sich mit der eben erwähnten Eventualität vollkommen deckte, war doch keine Veranlassung, gegen den Bundesgenossen bei seiner Aktion in Tripolis und der Cyrenaika Stellung zu nehmen beziehungsweise Italien davon abzureden. Die Politik des Gewährenlassens empfahl sich schon aus dem Grunde, weil nach unseren Informationen der König Viktor Emmanuel und seine Regierung für die Erneuerung des Dreibundes günstig gestimmt sind.³ Eine andere Haltung hätte bloß die Pläne der Westmächte gefördert, welche, wie schon aus der Lektüre der öffentlichen Blätter ziemlich unverhüllt ersehen werden kann, die tripolitanische Verwicklung benützen möchten, um unser Verhältnis zu Italien zu trüben und dasselbe aus dem Dreibunde herauszudrängen.

Unsere weitere Stellungnahme in diesem Kriege war aus den von beiden Ministerpräsidenten auf Grund der Mitteilungen des Ministeriums des Äußern am 24. Oktober l. J. in beiden Parlamenten abgegebenen Erklärungen zu ersehen.⁴ Im besonderen verweist der Vorsitzende auf die von der italienischen Regierung ge-

^a *Einfügung* Enthält auf Blatt 14 eine Ah. Randbemerkung.

¹ *Fortsetzung des GMR.* v. 29. 10. 1911, GMKPZ. 489.

² *Mit Schreiben v. 1. 7. 1902 teilte der österreichisch-ungarische Botschafter in Rom Goluchowski mit, die Deklaration Österreich-Ungarns bezüglich Tripolis der italienischen Regierung übergeben zu haben. Die Deklaration befindet sich in der Beilage; HHS TA., PA. I, Geheime Akten, Liasse XXXIV b, Erneuerung des Dreibundvertrages 1902, Nr. 192.*

³ *Zum italienischen Wunsch, den Dreibundvertrag zu erneuern siehe das Schreiben Aehrenthals an den Staatssekretär des deutschen Auswärtigen Amtes Kinderlen v. 10. 8. 1911, publiziert in GROSSE POLITIK, Bd. 30/2, Nr. 11218.*

⁴ *Die Erklärung Gautsch' im Abgeordnetenhaus des Reichsrates zum italienisch-türkischen Krieg v. 24. 10. 1911, STENOGRAPHISCHE PROTOKOLLE DES ABGEORDNETENHAUSES, XXI. Session, 19. Sitzung v. 24. 10. 1911 1121 f.*

machte Zusage, die kriegerischen Operationen nicht auf das adriatische und nicht auf das ionische Meer auszudehnen. Einem Sondierungsversuche gegenüber, der eine Erweiterung des Kriegsschauplatzes auf das ägäische Meer zum Gegenstande hatte, nahm Österreich-Ungarn eine sehr reservierte und eher abmahnende Haltung ein.⁵ Wir stellten uns auf den Standpunkt, daß der Dreibund, nebst dem großen Prinzipie der Friedenserhaltung sowie des Schutzes und der Verteidigung der gegenseitigen Territorien, die Erhaltung der Integrität der Türkei und des status quo auf dem Balkan bezwecke, und lenkten die Aufmerksamkeit Italiens darauf, daß eine solche erweiterte Aktion gegen diese Prinzipien verstoßen würde. Auch andere Kabinette haben Italien von der geplanten Aktion in vorsichtiger Weise abgeraten.

In der letzten Woche habe man auch viel von einer russischen Initiative zu hören bekommen, die dahin ziele zu verhindern, daß der freie Handelsverkehr in den Meerengen gestört werde. In Rußland sei man für eine solche Eventualität wegen des großen Exportes von Getreide, Zucker usw. sehr besorgt gewesen und wünschte die Unterstützung der anderen Kabinette für eine Erklärung, die dahin ginge, daß den beiden kriegführenden Mächten bekanntgegeben werde, daß eine italienische Blockade der Meerengen oder eine türkischerseits erfolgende Sperrung der Dardanellen gegen den Artikel 3 des Londoner Protokolles vom Jahre 1841 verstoße.⁶ Die Sache hatte aber bisher keinen Fortgang, weil die italienische Regierung in Petersburg vorstellig wurde und unter Betonung, daß es derzeit keine Blockade beabsichtige, darauf hinwies, daß ein Schritt Rußlands und der anderen Mächte in Rom als unfreundliche Haltung aufgefaßt werden würde.

Was die Aktion Rußlands, betreffend die Öffnung der Dardanellen für seine Kriegsschiffe, anbelangt, so möchte diese Macht die schwierige Lage der Türkei benützen, um ein Ziel zu erreichen, das sie seit so langer Zeit anstrebt. Die Frage ist eine sehr heikle und wichtige.⁷ Unsere Haltung ist vorläufig eine zuwartende; wir haben aber ein starkes Interesse an der Erhaltung des jetzigen Rechtszustandes. Wiewohl eine eventuelle Friedensvermittlung noch in weiter Ferne zu liegen scheint, glaubte Redner, im Hinblick auf die gereizte Stimmung zwischen England und Deutschland, es für nicht ungefährlich zu halten, wenn die betreffende Aktion von einer Macht oder von einer Gruppe von Mächten ausgehen würde, weil ein solcher Vorgang leicht als Schachzug der einen Gruppe gegen die andere aufgefaßt werden könnte. Er habe daher Ende Oktober vorgeschlagen, daß alle

⁵ Zu diesem Sondierungsversuch siehe das Schreiben Kinderlens an Tschirschky v. 24. 11. 1911, die Antwort Tschirschkys an Bethmann Hollweg v. 27. 11. 1911 und das Schreiben Aehrenthals an Szögyény v. 29. 11. 1911, alle publiziert in GROSSE POLITIK, Bd. 30/1, Nr. 10961, 10964 und 10965.

⁶ Dardanellenvertrag v. 13. 7. 1841 (2. Londoner Konvention).

⁷ Zu den Überlegungen dieser russischen Forderungen siehe das Schreiben des deutschen Botschafters in Konstantinopel an Bethmann Hollweg v. 30. 11. 1911, publiziert in GROSSE POLITIK, Bd. 30/1, Nr. 10982.

Mächte sorgfältig die Ereignisse beobachten und in stetem Kontakte bleiben und bei einer Vermittlungsaktion nicht einzeln oder gruppenweise, sondern vereint wirken sollten.⁸ Seine Anregung fand allgemeine Zustimmung. Er gebe sich allerdings keiner Illusion hin, denn auch nach Annahme seines Vorschlages könne eine geschlossene Aktion Europas infolge der bestehenden großen Rivalitäten wesentlich beeinträchtigt werden.

Die lange Dauer des Krieges sei eine Folge des Umstandes, daß die zwei Gegner sich nicht recht fassen können. Italien habe sich durch seine voreilige Annexionserklärung verrannt. Die Türkei kann nicht Frieden schließen beziehungsweise die Annexion anerkennen. Wenn sich auch eine Partei fände, die zu erkaufen wäre, so dürfe man nicht übersehen, daß eigentlich die Araber den Krieg führen, die bekanntlich sehr unbotmäßig sind und zwar dieselben Araber, die der Türkei im Jemen die größten Schwierigkeiten bereiteten, wo Tausende von regulären Soldaten durch das tückische Klima zugrunde gingen. Ein weiterer Vorteil für die Türkei liege darin, daß ihr der Krieg verhältnismäßig wenig Geld koste. Zufolge von Äußerungen des M. Revoil, des Generaldirektors der Ottomanbank, der kürzlich Wien passiert habe, würde die Geldfrage für die Türkei keine Rolle spielen und in absehbarer Zeit nicht auf den Abschluß des Friedens wirken können. Wir werden, konstatierte der Vorsitzende, unsere Aufmerksamkeit den Ereignissen weiter zuwenden, jede Chance der Beendigung des Konfliktes ausnützen und mit den übrigen Kabinetten in Fühlung bleiben, damit schließlich im Sinne des österreichisch-ungarischen Antrages eine geschlossene Aktion der neutralen Mächte vor sich gehen könne.

Graf Aehrenthal führt weiter aus, daß, wenn seine Annahme der längeren Dauer des Krieges richtig sei, es sich darum handle, ob er bis zum nächsten Frühjahr noch fortbestehe, wo dann das Verhalten der Balkanstaaten in Frage komme. Montenegro intrigiere fortwährend, Albanien sei unbotmäßig wie im Vorjahre und auch in Mazedonien sehe es nicht gut aus. Trotzdem hoffe er darauf, daß die Ruhe auf dem Balkan erhalten bleibe. Die Mächte und speziell Rußland werden für den Status quo eintreten. Die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland befinden sich in einer günstigen Entwicklung. Sollten wider Erwarten und trotz Bemühungen der Mächte Verwicklungen am Balkan eintreten, so würden wir trachten, den Konflikt zu isolieren, vorerst nicht einzugreifen und das Ergebnis abzuwarten, uns vorbehaltend, auf die Gestaltung der Endsituation unseren maßgebenden Einfluß auszuüben.

Die Politik des Zuwartens empfiehlt sich schon aus dem Grunde, weil eine andere schwere Krise herannaht, die deutsch-englische. Trotz des Marokko-Ab-

⁸ *Siehe dazu Schreiben Aehrenthals an Szögyény v. 20. 10. 1911 und Telegramm Aehrenthals an die österreichisch-ungarischen Botschafter in Berlin, St. Petersburg, London, Paris, Rom und Konstantinopel v. 26. 10. 1911, publiziert in ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK, Bd. 3, Nr. 2789 und 2827.*

kommens zwischen Frankreich und Deutschland⁹ habe sich die Stimmung zwischen letzterem und England nicht gebessert und wir müssen ernstern Ereignissen entgegensehen. Die Politik Kaiser Wilhelms sei, wie er oft bewiesen, eine friedliche, er wird den Konflikt daher hinausziehen, solange es geht. Er liebt England, Land und Volk und schließlich kommt auch für ihn in Betracht, daß er Zeit gewinnen will. Man wird gewiß versuchen, zu einem Ausgleiche in Betreff des Flottenprogramms zu kommen, aber vieles hänge vom Ausgange der im nächsten Januar stattfindenden Reichsratswahlen¹⁰ ab. Graf Aehrenthal glaubt, daß sich die Dinge nicht überstürzen dürften, aber aufhalten lasse sich die natürliche Entwicklung nicht, hiemit müsse gerechnet werden. Die Krise wird in 3, 4, vielleicht in 5 Jahren zu gewärtigen sein. Dieser ernste Ausblick auf die Zukunft zwingt uns, vorbereitet zu sein und die beste Vorbereitung ist die rasche Erledigung der Wehrvorlagen in Wien und in Budapest. Die beiden Regierungen sind in der Lage, auf die ernste Situation vor unseren Türen hinzuweisen, in die wir trotz unserer friedlichen und reservierten Haltung hineingezogen werden können. Der Antagonismus zwischen Deutschland und England komme immer mehr in ein ernsteres Stadium und es sei nicht ausgeschlossen, daß wir als treue Bundesgenossen Deutschlands den Kampf Schulter an Schulter auszukämpfen haben werden. Solche Argumente werden gewiß dazu beitragen, den jetzigen Zustand, der uns von einer Krise in die andere brachte, zu beseitigen, um endlich das Wehrgesetz – nicht ein Provisorium – zu schaffen. Der Eindruck auf das Ausland, den die Annahme des Wehrgesetzes hervorriefe, sei nicht zu unterschätzen, weil man sehen würde, wie sich unsere Verhältnisse trotz aller Schwierigkeiten konsolidieren. Redner könne andererseits nicht verhehlen, daß eine weitere Hinausschiebung die Führung der auswärtigen Politik schwierig gestalte, weil man uns leicht als *quantité négligeable* betrachten und über uns zur Tagesordnung gehen könnte. Mit der dringenden Bitte, das Wehrgesetz tunlichst schnell der Erledigung zuzuführen, schließe er seine Ausführungen und halte sich zur Verfügung, wenn einer der Konferenzteilnehmer eine konkrete Frage an ihn stellen wolle.

Der kgl. ung. Ministerpräsident dankt dem Vorsitzenden für dessen Auseinandersetzung, die einen vollen Einblick in die äußere Situation gegeben. Für ihn sei von besonderer Wichtigkeit die Erhaltung des Friedens und die Tatsache der Aufrechterhaltung der bisherigen Basis unserer Politik, das ist des Dreibundes, was er als Chef der ungarischen Regierung nur billigen könne. Ein zweites erfreuliches Moment sei eine gewisse Fühlungnahme mit Rußland in der orientalischen Politik.

Was den Appell des Ministers des Äußern betreffe, so teile er selbstverständlich dessen Anschauungen betreffend die rasche Verabschiedung der Wehrvorlagen. Man kämpfe lange, er hoffe aber, im Jänner die Verhandlungen zu beschleunigen und zum Ziele zu gelangen, nur könne er nicht verschweigen, daß

⁹ *Marokko-Kongo-Vertrag zwischen Deutschland und Frankreich v. 4. 11. 1911.*

¹⁰ *Gemeint ist die deutsche Reichstagswahl, die am 12. 1. 1912 stattfand.*

Vorkommnisse wie die der letzten Zeit die Sache sehr erschweren. Er sei guten Mutes, weil ja alle das Gefühl besitzen, zur Erhaltung der Position der Monarchie beizutragen und wir die Gewähr haben müssen, zur rechten Zeit und am richtigen Punkte am Platze zu sein. Es sei unmöglich, daß die 30 Mann der Opposition den Willen der Nation aufhalten und von jedem Standpunkte, vom finanziellen, politischen und militärischen aus betrachtet, weiter hindernd wirken, wenn sie nicht gerade vor kurzem von einer Seite Sukkurs erhielten, von der man es am wenigsten erwartet hätte.

Der k. k. Ministerpräsident schließt sich dem Danke an den Vorsitzenden an. Er bringe der Tätigkeit desselben volles Verständnis entgegen und fänden insbesondere dessen Ausführungen betreffend das Wehrgesetz, seine Anerkennung und Würdigung. Was die spezielle Situation im österreichischen Parlamente anbelangt, so sei er erst seit sehr kurzer Zeit im Amte und habe die Schwierigkeiten, welche der Durchführung des Wehrgesetzes entgegenstehen, übernommen. Er weise dabei zunächst auf die Auflösung des Hauses, die kurze Sommersession, die nur die Einbringung der Vorlage gestattete, und die Einberufung im Herbsttermine hin. Soweit er konstatieren konnte, bestünde bei den maßgebenden Parteien keine prinzipielle Gegnerschaft gegen das Wehrgesetz, andererseits bilden gewisse Ungewißheiten ein Hindernis. Wenn, wie Graf Khuen sagte, im Jänner in Ungarn eine Klärung der Situation eintreten werde, so werde auch er sich bemühen, die Parteien von der Aktualität der Frage zu überzeugen und werde er gewiß alles tun, um die Sache zu beschleunigen. Er hoffe, daß im österreichischen Parlamente bald positive Arbeit möglich sein werde.

Der Kriegsminister schließt sich gleichfalls dem Danke an Graf Aehrenthal an, dessen Ausführungen seine Aufgabe erleichtern.

Der letzte Appell sei doch immer der an die Wehrmacht und so hoffe er, daß seinen Darlegungen, wenn auch keine Sympathie, so doch Verständnis und Würdigung entgegengebracht werden. Er wolle sein in der letzten Konferenz gehaltenes Exposé nicht wiederholen,¹¹ sondern nur kurz anführen, daß sich sein Budget voll in dem Rahmen der zweijährigen Dienstzeit halte. Auch für ihn sei nichts dringlicher als die Erledigung der Wehrvorlagen, denn man könne heute in der Armee eigentlich nur mehr von Cadres sprechen. Das sei eine deplorable Situation und daher der Wunsch begreiflich, daß derselben durch Votierung der Wehrvorlagen, an denen er allerdings persönlich nicht mitgearbeitet, ein Ende bereitet werde. So wie er das letzte Mal geschlossen, so müsse er heute beginnen, indem er betone, daß sich die Armee außer der Standesmisere auch materiell in recht trister Situation befinde. Wohl sei er an die bekannten Punkte gebunden und werde ihm der Pakt weiter auferlegt, so bleibe er dabei. Er würde aber entgegen seiner großen Verantwortlichkeit handeln, wenn er nicht auf gewisse große Schwierigkeiten hinwies. Speziell in drei Richtungen sind große Rückständigigkeiten vorhanden. Zuerst in der Ausgestaltung und Bewaffung der Artillerie. Diesbe-

¹¹ Ausführungen Auffenbergs in GMR. v. 29. 10. 1911, GMKPZ. 489.

züglich sei ihm schon von seinem Vorgänger ein Memorandum übergeben worden.¹²

Zweitens in der Befestigung. Redner zeigt an der Hand von Karten unser Verhältnis zu den fortifikatorischen Maßnahmen Italiens, schildert ausführlich dessen vermutliche Offensive in einem eventuellen Kriege und erörtert die Notwendigkeit, unsererseits eine auf Befestigungen gestützte Offensive im Falle eines Krieges gegen zwei Fronten zu ergreifen. Er habe die einschlägigen Forderungen des Generalstabes auf das äußerste reduziert und gegenüber dem ursprünglichen 155 Millionenbetrage möchte er sowohl für die fortifikatorische Ausgestaltung als die artilleristische Um- und Neubewaffnung, zusammen also im ganzen für die nächsten zwei Jahre 40 Millionen in Anspruch nehmen. Man müsse auch nicht gleich bezahlen, sondern solle ihn nur zu den Bestellungen autorisieren. Die Ausführung werde ohnehin eine gewisse Zeit beanspruchen.

Als dritte Rückständigkeit bezeichne er die auf dem Gebiete der Aviatik. Wir besäßen ein wohl kleines, aber ausgezeichnetes Pilotenkorps, aber keine beziehungsweise fast keine Maschinen. Unter Anführung der statistischen Zahlen über die Verhältnisse in den anderen Staaten beziffert der Kriegsminister seine Anforderung für fünfzig Flugmaschinen mit 2 ½ Millionen, für Fourgons mit 800 000 K als einmalige und ferner 1 Million als fortlaufende Auslagen.

Es handle sich somit um drei Kredite: für die Artillerie, die Befestigungen und die aviatischen Erfordernisse. So dringend die beiden ersteren sind, so werde man, wenn es durchaus nicht anders gehe, darauf verzichten müssen. Die Verantwortung treffe ihn dann aber nicht, der wirklich nur das bescheidenste Ausmaß verlange. Was aber die Aviatik betreffe, so müsse Wandel geschaffen werden, weil man da nicht zurückbleiben dürfe.

Der Vorsitzende befragt nun die Konferenz, in welcher Reihenfolge die Beschlüsse gefaßt werden sollen. Über Anregung des k. k. Ministerpräsidenten wird zunächst über das vom Kriegsminister vorgelegte Heeresbudget pro 1912 verhandelt und dasselbe angenommen.

Hierauf ergreift Graf Montecuccoli das Wort zur Begründung des Marinebudgets. Dasselbe sei um 3 Millionen höher als der Marine zugestanden, aber so wie er im Vorjahre gesagt habe und es auch eingetroffen sei, konnte er pro 1911 nicht mit einer Erhöhung von 1 ½ Millionen auskommen und könne es auch im Jahre 1912 nicht. Auch für das laufende Jahr, 1911, habe er eine Überschreitung von 3 Millionen. Er habe schon öfters auseinandergesetzt, weshalb er mehr brauche. Bei jeder einmaligen Ausgabe im Extraordinarium erfahren die Auslagen im Ordinarium eine Steigerung, die je nach der Größe des gebauten Schiffes

¹² Zu dem Memorandum Schönaihs und seinen Forderungen für die Artillerie schrieb Auffenberg Das Schriftstück meines Vorgängers war eigentlich kein Memorandum, sondern nur ein Kalkül über die zur Sanierung der Artillerieausrüstung sowie zur Munitionsbeschaffung erforderlichen Summe. Innerhalb dieser fungierten 24 Millionen für die Anschaffung der 30,5 cm-Mörser. Nur von dieser war in der Ministerkonferenz vom 6. Dezember die Rede. AUFENBERG, Österreichs Höhe und Niedergang 506 f., Anm. 1.

zwischen 6 und 8 % variiert. Graf Montecuccoli erklärt die Kosten der Schiffe in Ausrüstung und sagt, daß man die Fixierung seines Budgets immer nach abwärts vornehme. Von 1907 auf 1908 habe die Steigerung zirka 11 Millionen betragen, sei dann sukzessive bis auf 1 ½ Millionen im Jahre 1911 gesunken. Das, was er verlange, sei das Minimum. Seine ursprüngliche Forderung pro 1911 sei 6 ½ Millionen gewesen, er hätte sich schließlich auf 4 ½ geeinigt, dann sei unbegreiflicherweise noch eine Kommission zusammengetreten und er hätte nur 1 ½ Millionen bekommen. Da müsse man die neuen Schiffe ins Arsenal stellen und was das bedeute, brauche er wohl nicht auseinanderzusetzen. Er bitte, ihm diese 3 Millionen zu bewilligen oder den Kriegsminister zu bestimmen, die von seinem Vorgänger übernommene und nicht gehaltene Verpflichtung auszuführen, dann könne das Marinebudget durch fünf Jahre weiter bestehen.

Der k. k. Finanzminister erklärt, die Steigerung um 3 Millionen sei eine Erhöhung der zugestandenen Summe. Es sei außerordentlich schwer, von einer Vereinbarung abzukommen, die den Delegationen bekanntgegeben. Auf die Frage der Verteilung der in Aussicht genommenen Beträge zwischen Heer und Marine könne man keinen Einfluß ausüben und habe das von allem Anfange an nicht gewollt. Wenn der Kriegsminister diese 3 Millionen nicht aus seinem Budget hergebe, dann müssen sie aus dem Marinebudget herausgenommen, eventuell Verhandlungen zwischen dem Kriegsminister und dem Marinekommandanten eingeleitet werden.

Die vom Marinekommandanten erwähnte Kommission habe nur die Vorschläge der Kriegsverwaltung pflichtgemäß geprüft, die Entscheidung sei aber nicht dieser Kommission zugefallen, sondern in dem Ministerrate vom 6. Jänner 1911 erfolgt und zwar mit voller Zustimmung des Kriegsministers.

Der kgl. ung. Finanzminister stimmt diesen Ausführungen vollinhaltlich zu.

Der k. k. Ministerpräsident möchte die Ausführungen des k. k. Finanzministers noch vom politischen Standpunkte ergänzen. Mögen die Ansprüche der Kriegsmarine auch gerechtfertigt sein, auch in historischer Beziehung, so handle es sich doch um ein Geschäft in sich, auf das beide Regierungen keinen Einfluß ausübten. Vom politischen Standpunkte sei die Aufrechterhaltung des aus elf Punkten bestehenden Paktums wichtig. Es könnten ja Ereignisse eintreten, die ein Abweichen rechtfertigen, allein solange die Verhältnisse ihre normale Entwicklung nehmen, werden die Delegationen die Einhaltung des Paktums als selbstverständlich betrachten. Das Gegenteil würde Beunruhigung hervorrufen, was aus politischen Gründen, im Interesse eines klaglosen Verlaufes der Delegationen und der Politik des Grafen Aehrenthal vermieden werden müsse.

Der kgl. ung. Ministerpräsident weist auf die staatsrechtliche Seite der Frage hin. Wir haben überhaupt nur ein Kriegsministerium, dessen Teil die Marinesektion sei. Konstitutionell sei der Kriegsminister der verantwortliche Faktor, in dessen Budget die Marine eine allerdings bedeutende Rolle spielt. Die Verantwortung falle ausschließlich dem Kriegsminister zu, ihm werden die

Summen votiert. Die Verteilung des kontingentierten Betrages nach Heer und Marine sei seine Aufgabe, er hafte auch für dieses Gesamtbudget. Anders wäre es, wenn ein Marineministerium bestünde, ein solches gibt es aber nicht, daher auch nur ein Kriegsbudget und sei es Sache des Kriegsministers, wie er die Angelegenheit in Ordnung bringe.

Der **Kriegsminister** stimmt dem kgl. ung. Ministerpräsidenten in der Theorie zu, die Praxis sei aber anders. Auf den Bau der Schiffe usw. besitze er gar keine Ingerenz. Er wisse nicht, wie er anders vorgehen solle. Von seiner Voranschlagssumme könne er nichts abtreten.

Der **Vorsitzende** konstatiert, daß die Situation von den maßgebenden Faktoren ganz klar gekennzeichnet sei; die Verteilung der Summen sei eine interne Sache des Kriegsministeriums, zu welcher die beiden Regierungen nicht Stellung zu nehmen wünschen. Er schlage daher der Konferenz vor, den Kriegsminister zu ersuchen, mit dem Marinekommandanten zu vereinbaren, in welcher Weise ein Ausgleich zur Deckung der sehr notwendigen und wichtigen Marineauslagen möglich wäre.

Der **Marinekommandant** macht aufmerksam, daß er seine Stellung nicht behalten könnte, wenn man seine Forderungen zurückweise und Allerhöchsten Ortes um die Enthebung vom Amte au. ansuchen müßte.

Der **Kriegsminister** möchte keine Komplikationen hervorrufen und gerne mitwirken, daß die Sache keine unangenehme Wendung nimmt. Nur wisse er nicht, was er tun solle. Die 3 Millionen betreffen das Ordinarium und belasten nicht nur das Jahr 1912. Er müßte einen Truppenkörper auflösen, um das Geld zu finden.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß das Kriegsministerium die Situation seit Jahr und Tag kannte und bei Aufstellung seines Budgets darauf Rücksicht hätte nehmen sollen. Es müßte doch möglich sein, im Heeresbudget gewisse Ersparungen vorzunehmen und auf diese Weise in der Lage zu sein, dem Marinebudget die unumgänglich nötige Erhöhung zukommen zu lassen.

Auf eine Anregung des **Kriegsministers**, eventuell die Sanierungsaktion etwas hinauszuschieben, weist der **kgl. ung. Finanzminister** darauf hin, daß diese einen Punkt der den Delegationen bekannten Bedingungen bilde und daher nicht verschoben werden könne.

Der **k. k. Finanzminister** gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die seinerzeit festgelegten jährlichen Steigerungen doch nicht willkürliche waren, sondern auf Grund von Vorschlägen der Kriegsverwaltung beziehungsweise von Vereinbarungen zustande kamen, wobei alle in Betracht kommenden Verhältnisse erwogen wurden. Die Festsetzung, daß das Kriegsministerium pro 1912 20,2 Millionen für das Heer und 1 ½ Millionen für die Marine einstelle, sei nicht von den beiden Regierungen ausgegangen, stehe auch nicht im Pakte, sondern gehöre in die Kompetenz der Kriegsverwaltung, da nur die Gesamterhöhung beider Budgets, nicht aber die Aufteilung zwischen denselben fixiert wurde. Es müsse daher wohl dem Kriegsministerium möglich sein, aus der Sache herauszu-

kommen. Er fasse die Angelegenheit so auf, daß die beiden Regierungen nicht in der Lage sind – angesichts der im Vorjahre getroffenen und der Legislative bekanntgegebenen Vereinbarungen – eine Erhöhung des Erfordernisses der Kriegsverwaltung vor den Delegationen zu vertreten.

Auch der kgl. ung. Finanzminister erklärt, sich auf keine andere Basis stellen zu können.

Es bleibt somit bei dem Beschlusse, daß das Budget der Marine nur unter der Voraussetzung angenommen wird, daß das Heeresbudget um 5 Millionen gekürzt werde, andernfalls müsse die Kürzung bei der Marine vorgenommen werden.¹³

Es wird nun zur Frage der vom Marinekommandanten aufgenommenen Beträge geschritten und ergreift hiezu der kgl. ung. Finanzminister das Wort. Seine Stellungnahme habe er schon in der letzten Konferenz gekennzeichnet. Die Bestimmungen seien ohne Wissen und Zustimmung der beiden Regierungen und zwar in solchen Dimensionen vorgenommen worden, daß sie unter normalen Verhältnissen mit normalen Mitteln nicht bedeckt werden können. Das Programm der Marineinvestitionen sei den Delegationen und den Parlamenten bekannt, ebenso die Bedingungen. Es würde kolossale Aufregung hervorrufen, wenn bekannt würde, daß so viele Millionen ohne Genehmigung verausgabt wurden. Ungarn sei nicht in der Lage, diese Beträge gegenwärtig beizustellen. Sie könnten erst gezahlt werden, wenn sie nach den Vereinbarungen fällig sind, bis dahin müssen sich die Banken und Institute gedulden.

Nach einer längeren Diskussion, an welcher sich Dr. v. Lukács, der Vorsitzende und Freiherr v. Burián beteiligen, führt letzterer detailliert aus, was die Banken verlangen, nämlich eine Zinsen- nicht eine Kapitalsgarantie. Denn in letzterer Beziehung können ihnen die Rückzahlungstermine bekanntgegeben werden. Man werde vielleicht im Jahre 1916, nach einem Vorschlage des k. k. Finanzministers, das Passivsaldo an Zinsen, das 3,3 Millionen betragen dürfte, unter diesem Titel als Nachtragskredit anmelden können. Der gemeinsame Finanzminister übernimmt es, die Klarstellung in dieser Sache durch Einvernehmen mit dem Marinekommandanten und den beiden Finanzministern in die Wege zu leiten. Es obliegt ferner dem Marinekommandanten, keine neuen Verpflichtungen zu übernehmen und sich strictissime an die Vereinbarungen zu halten. Wenn er glaube, mit den ihm zur Verfügung stehenden Summen nicht das Auslangen zu finden, hätte er den Grafen Aehrenthal in Kenntnis zu setzen, welcher eine Konferenz einberufen würde, die Beschluß zu fassen hätte.

Zu den Mehrforderungen des Kriegsministers, die nunmehr behandelt werden, stellt sich der kgl. ung. Finanzminister auf den Standpunkt, daß

¹³ Mit Schreiben v. 9. 1. 1912 teilte Auffenberg Aehrenthal mit, daß auf Kosten des Heeresvoranschlags der Marinevoranschlag gegenüber dem Budget des Vorjahres statt um 1,5 um 3,5 Millionen Kronen erhöht werde, HHS_TA., PA. I, CdM. III/17, Fasz. Voranschlag pro 1912, Karton 626, Z. 21/1912.

er sich in militärische Fragen nicht einmischen könne. Er möchte sich nur auf die Bemerkung beschränken, daß – wenn sich die Mehranforderungen auf die Eventualität eines Krieges mit Italien basieren – diese heutzutage keine Aktualität besitzt. Die Vereinbarungen dürfen aus politischen und aus finanziellen Gründen nicht erschüttert werden. Ungarns Finanzen befinden sich in einer sehr schweren Lage, die Ausgaben mehren sich in jeder Beziehung, sehr wichtigen Anforderungen könne man nicht gerecht werden. Die Gesundheitspflege, das Armenwesen seien rückständig, die Eisenbahnen leistungsunfähig – wie man gerade jetzt den Zeitungen entnehmen könne – die Wege nicht ausgeführt usw. Mit kolossalen Anstrengungen und Opfern werden die für militärische Zwecke erforderlichen Mehrauslagen, Hunderte von Millionen, aufgebracht und man höre fortwährend den Vorwurf, solche Lasten übernommen zu haben. Es sei – wie Graf Aehrenthal gesagt – äußerst wichtig, die Wehrreform durchzuführen, bei neuen Forderungen wäre dies ein Ding der Unmöglichkeit. ^b(In fünf Jahren kann die Heeresverwaltung ihre Forderungen stellen, in diesem Momente dürfen wir damit nicht kommen.)^b Der k. k. Ministerpräsident verkennt nicht, daß an den Vereinbarungen nicht zu rütteln sei. Die finanzielle Seite ist auch für Österreich eine sehr schwierige. Eine Mehranforderung bedürfte der Bekräftigung durch den berufenen Führer der auswärtigen Politik. Es handle sich daher darum, ob diese Forderungen auch vom Standpunkte der auswärtigen Politik für unerläßlich gehalten werden. Eine normale Inanspruchnahme sei aber auch dann jetzt ausgeschlossen, weil die Forderungen der Kriegsverwaltung einen bestimmten Charakter tragen und auf die Situation selbst Einfluß nähmen. In Voraussetzung der nicht bloß vom militärischen, sondern auch vom politischen Gesichtspunkte begründeten Notwendigkeit müßten die Ausgaben gegen nachträgliche Genehmigung durch die gesetzgebenden Körperschaften erfolgen. Andernfalls nehme er den Standpunkt ein, daß es sich zwar um sehr dringende, sehr notwendige Dinge handle, deren Erwägung aber erst nach fünf Jahren möglich sei, wo man neuerdings über die Ausgestaltung der Armee usw. verhandeln könne.

Der Kriegsminister erwidert, daß, wenn er auch die nachgesuchte Ermächtigung erhalte und selbst bei schleunigster Bestellung mindestens ein Jahr verginge, bevor letztere effektuiert werden könnte. Zieht man die Sache aber noch hinaus, dann könnte der Moment eintreten, wo es zu spät sei. Als Soldat treibe er keine Politik, doch könne er die Augen nicht verschließen und über die Truppenmassierung in Oberitalien und den pathologischen Zustand des italienischen Volkes nicht so einfach hinausgehen. Er erbitte sich daher nochmals die prinzipielle Zustimmung, die Bestellungen machen zu dürfen, die Zahlung beziehungsweise die budgetmäßige Deckung könne ja später erfolgen.

Der kgl. u. g. Ministerpräsident möchte sich in gewisser Beziehung den Ausführungen seines österreichischen Kollegen anschließen. Man könne nicht ein halbes Jahr nach abgeschlossenem Paktum mit neuen Forderun-

^{b-b} Klammern wurden eingefügt.

gen kommen. Nach seiner Ansicht habe sich nichts Überraschendes ereignet. Das, was in Italien vorgeht, geschieht seit Jahren und es kam doch zu keinem Kriege und, wenn diese Dinge dort auch fortgesetzt werden, wird es doch zu keinem Kriege kommen. Man müsse alles vermeiden, das den Glauben erwecken könnte, daß wir den Krieg wünschen. Wenn es aber wirklich unerlässlich wäre, diesen Neuauforderungen nachzukommen, dann müßte man damit offen hervortreten, denn verbergen lasse sich so etwas nicht. Er glaube aber, daß gerade im jetzigen Momente, wo derartige Erscheinungen zutage treten, wie er sie vorhin angedeutet, alles zu vermeiden sei, was dahin ausgelegt werden könnte, als ob wir den Krieg mit Italien haben wollten. Er müsse sich auf das entschiedenste dagegen aussprechen, daß man eine Ermächtigung erteile und die Bedeckung erst später suche. Man muß sich nach der Decke strecken und fest an den vereinbarten Beschlüssen halten.

Der *Vorsitzende* hebt hervor, daß zu den außerordentlichen Vorschlägen des Kriegsministers beide Ministerpräsidenten und der ungarische Finanzminister das Wort ergriffen und ihren Standpunkt sehr klar zum Ausdrucke gebracht haben, der im ganzen und großen ablehnend sei. Beide Regierungen würden selbstverständlich mit der Bewilligung nicht zögern, wenn der verantwortliche Leiter der auswärtigen Politik einen Krieg für imminent hielte. Seine Pflicht sei es daher, zu dieser Frage in präziser Weise Stellung zu nehmen. Indem er dies tue, müsse er – übereinstimmend mit Graf Khuen – erklären, daß er keinen Grund sehe, weshalb die Kriegsgefahr jetzt größer sein sollte, wie vor einem Jahre. Der Redner kommt auf sein heutiges Exposé zurück, wo er auf das Allianzverhältnis mit Italien und darauf hingewiesen habe, daß wir aus verschiedenen Gründen, namentlich um nicht das Spiel der Westmächte zu begünstigen, von unserem Standpunkte einer freundschaftlichen Neutralität nicht abweichen wollen. Wenn die Monarchie auch kein besonderes Vertrauen zu ihrem italienischen Bundesgenossen haben könne und dieses Verhältnis nicht so intim werden würde, wie dasjenige, was uns mit dem Deutschen Reiche verbindet, so fehlt doch andererseits ein unmittelbarer Anlaß zu einem offenen Mißtrauen. Der Minister des Äußern müsse deshalb an dem Wunsche festhalten, tunlichst alles zu vermeiden, was geeignet wäre, in Italien den Glauben hervorzurufen, als ob wir von Italien eine verräterische Aktion zu gewärtigen hätten. Wenn man nun, wie gesagt, bei den Beratungen über das fünfjährige Kriegs- und Marineetat keine Besorgnisse vor einem Kriege hatte, weshalb sollte man sie jetzt hegen, wo Italien mit drei Korps in Tripolis engagiert sei! Selbst bei einem stark entwickelten Pessimismus könne die Eventualität eines Krieges mit Italien nur für den Fall angenommen werden, daß sich im nächsten Jahre Komplikationen auf dem Balkan ergeben und wir nebst Italien dort eine Politik verfolgen sollten, die mit unseren bisherigen Prinzipien nicht vereinbar wäre. Graf Aehrenthal glaubt also nicht an die Gefahr einer baldigen Komplikation, aber wenn es auch dazu komme, wäre es zur Ausführung der Pläne des Kriegsministers zu spät, weil ein solcher Krieg dann aller Wahrscheinlichkeit nach schon im Laufe des nächsten Jahres zum Austragen käme. Ist die Tripolisaffaire vorüber, müßten wir unsere Aufmerksamkeit mehr denn je den

deutsch-englischen Beziehungen zuwenden und beobachten, was in der Nordsee vorgeht. Kommt es dort wirklich zu einem Bruche, wird sich die Frage ergeben, ob ein casus foederis vorliegt, ob wir verpflichtet sind, an der Seite Deutschlands zu kämpfen und letzteres gegen Rußland zu schützen. In einem solchen Falle würden uns die Festungen und Mörser im Süden nichts nützen. Sollte sich die Situation bezüglich Italiens verschlechtern, werde es selbstverständlich seine Pflicht sein, Sr. Majestät Meldung zu erstatten und die beiden Regierungen zu informieren. Bei richtiger Führung der auswärtigen Politik und ohne überflüssiges zur Schau getragenes Mißtrauen Italien gegenüber können wir mit letzterem leidlich auskommen. Italien als einwandfreien Freund zu betrachten, gehe wohl nicht an, aber es sei im Interesse der Monarchie gelegen, diesen Staat bis auf weiteres als Bundesgenossen an der Seite zu behalten.

Der **Kriegsminister** nimmt zur Kenntnis, daß die Sache eine res judicata sei. Er wolle sich daher darauf beschränken zu wiederholen, daß, wenn doch irgendwelche Komplikationen einträten, die Beschaffungen nicht in kurzer Zeit vor sich gehen können. Unsere brave Artillerie werde hoffentlich durch ihre außerordentliche Pflichterfüllung und innere Tüchtigkeit teilweise das ersetzen können, was an materiellen Mitteln abgängig bleibe. Bezüglich der Flugtechnik müsse aber unbedingt etwas geschehen. Es sind auf diesem Gebiete seit den Vereinbarungen neue Verhältnisse geschaffen, alle Staaten treffen diesbezüglich große Vorbereitungen ohne spezielle Kriegsidee. GdI. v. Auffenberg bespricht die bezüglichen Steigerungen in den fremden Budgets, denen gegenüber unsere Positionen geradezu verschwindende sind.

Der **kgl. ung. Ministerpräsident** gibt zu, daß hier nicht alle Argumente zutreffen, wie bei den anderen Forderungen, namentlich seien auch die Summen nicht so bedeutende; immerhin könne man auch in diesem Belange von der Marschroute nicht abweichen. Vielleicht könnte sich da ein Ausweg finden, indem die Sache in den Delegationen besprochen werde, was den Regierungen erleichtern würde, zur Frage Stellung zu nehmen. Die Sache sei durch ihre Neuheit und das allgemeine Interesse, das man ihr entgegenbringe, populär und da werde man am ehesten etwas erreichen.

Der **k. k. Finanzminister** begrüßt diese Idee und betont den guten Eindruck, den es machen würde, wenn der Kriegsminister die Sache gelegentlich in den Delegationen bespräche und erklärte, daß er trotz Anerkennung der Notwendigkeit hinsichtlich der Beschaffung von Flugmaschinen u. dgl. nichts in den Voranschlag einstellte, weil er sich unter allen Umständen an die Vereinbarungen halten wollte. Wahrscheinlich werde man sogar dieses Vorgehen wenn auch in wohlwollendster Weise kritisieren und von selbst die Handhabe zu einer solchen Mehrausgabe bieten.

Der **k. k. Ministerpräsident** gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Graf Khuen entschieden den richtigen Weg gewiesen. Er konnte die Herren mit Namen nennen, die eine bezügliche Resolution beantragen werden.

Der Kriegsminister werde auf diese Weise die nötigen Beträge erhalten, nur pro 1912 dürfen sie noch nicht eingestellt werden.

Bevor nun zur Beschlußfassung über die übrigen Voranschläge geschritten wird, erbittet sich der kgl. u. g. Ministerpräsident das Wort. Er müsse, sagt er eingangs seiner Rede, so ungerne er es tue, eine Frage aufwerfen, die im Zusammenhange mit den Erscheinungen der letzten Woche stehe, einerseits weil sich die Presse derselben bemächtigt habe, andererseits aber deshalb, weil sie nicht nur keinen fördernden Einfluß auf das harmonische Zusammenwirken der drei Regierungen ausübe, sondern bedauerlicherweise das gerade Gegenteil hervorrufe. Er wolle ganz offen sprechen. Im Kriegsministerium sei ein Preßbureau errichtet worden,¹⁴ dessen Enunziationen nicht sehr glücklich sind und in Ungarn höchst nachteilig auf die öffentliche Meinung wirken, wo doch gerade alles geschehen sollte, um die Störung der Harmonie zu vermeiden. So könne man nicht regieren. Die Position aller Regierungen werde durch ein derartiges Vorgehen erschüttert, eine Konsequenz von der die Leute keine Ahnung haben. Die Errichtung eines separaten Preßbureaus im Kriegsministerium sei nicht vorteilhaft und auch nicht notwendig. Begreiflich sei es, daß jedes Ministerium ein Interesse habe, von den Publikationen der Presse Kenntnis zu erhalten, eventuell selbst Informationen zu erteilen. Dazu genüge aber ein Preßbureau, im vorliegenden Falle jenes des Ministeriums des Äußern, das wohlorganisiert sei und aus Fachleuten bestünde, die wissen, wie man sich mit den Journalisten zu stellen habe. Durch dieses müsse der Kontakt des Kriegsministeriums mit der Presse erfolgen. Er gestehe ganz aufrichtig, daß er ein zweites Preßbureau d. h. ein eigenes eines Ministeriums außer dem seinigen nicht dulden würde. Solange ein solches besteht, wird man immer Gefahr laufen, daß derartige Konsequenzen hervorgerufen werden. Es wäre daher sehr wünschenswert, daß die Ursache dieser bösen Erscheinung baldigst wieder verschwinde. Das Communiqué über den Rücktritt des Chefs des Generalstabes¹⁵ habe die ungarische Presse so völlig außer Rand und Band gebracht, daß sie nicht zu bändigen war und ist. Die ganze Sache wäre ohne diese Enunziation sehr ruhig verlaufen. Natürlich setze er voraus, daß diese Verlautbarungen tatsächlich von diesem Preßbureau stammen, wie es in der Presse behauptet und nicht dementiert wurde.

Die Harmonie zwischen den Regierungen und den Ministern ist unbedingt nötig, denn sonst ließe sich nicht regieren, wie er bereits ausgeführt habe.

¹⁴ Ende Oktober 1911 wurde die Gruppe für Preßangelegenheiten durch die Errichtung einer Literarischen Gruppe zum Preßbureau erweitert. Siehe dazu das Schreiben Kroatins an die Preßgruppe v. 30. 10. 1911, mit dem diese über die Zuweisung von Räumlichkeiten für die Literarische Gruppe informiert wurde, KA., KM., Präs., Preßgruppe, Karton 2720, 399/PG./1911. Siehe auch AUFFENBERG, Österreichs Höhe und Niedergang 163.

¹⁵ Es handelte sich vermutlich um das Kommuniqué der Militärkanzlei Franz Ferdinands, für das aber Auffenberg zur Schonung des Thronfolgers die Verantwortung übernahm, AUFFENBERG, Österreichs Höhe und Niedergang 172. Zu den Auswirkungen des Kommuniqués in den ungarischen Zeitungen siehe KA., KM., Präs., Preßgruppe, Karton 2720, 448/I/PG./1911.

Der **Kriegsminister** erwidert hierauf, daß sein Preßbureau eigentlich ein literarisches Bureau sei. Zu einem Preßbureau gehöre ein Preßfonds, den habe wohl das Ministerium des Äußern, er aber nicht. Daß sein Bureau Politik mache, sei ausgeschlossen. Es habe zwei Aufgaben, erstens die Tagesereignisse zu registrieren, so weit sie die in den Blättern enthaltenen militärischen Dinge betreffen und zweitens Verlautbarungen innerhalb der Armee vorzunehmen, um gewisse Erläuterungen zu geben. Mehr zu tun, sei es gar nicht in der Lage. Er gebe zu, daß das erste Communiqué, welches vollkommen harmlos gewesen sei, von ihm beeinflusst wurde, weil die plötzliche Zurückstellung des Chefs des Generalstabes in der Armee den peinlichsten Eindruck hervorrief. Er wollte nur kalmierend wirken, sonst aber keinen Einfluß nehmen.

Der **kgl. ung. Ministerpräsident** entgegnet hierauf, er begreife wohl, daß man die Erscheinungen in der Presse verfolgen und gewisse Aufklärungen geben müsse, aber man dürfe keine Kritik üben. Daß die erwähnten Emanationen nicht sehr glücklich waren, beweise der Umschwung in der Presse. Eine Diskussion sei angegangen und werde nicht aufhören, weil diese Frage große Beunruhigung hervorgerufen. Es hätte sich kein Mensch den Kopf darüber zerbrochen und jeder hätte es begreiflich gefunden, daß Baron Conrad sich jetzt ein anderes Feld der Tätigkeit suche. So aber stehen wir vor langatmigen Auseinandersetzungen über die von ihm vertretenen Ansichten, derentwegen er zurücktrat, was wirklich sehr unangenehm sei. Der **Vorsitzende** bespricht die Stellungnahme des Grafen Khuen in der Frage der jüngsten Preßennunziationen, für die er ihm überaus dankbar sei und welcher er unbedingt beipflichtete. Er sei gleichfalls der Meinung, daß das ein unmöglicher Zustand ist, wenn von einem gemeinsamen Minister ein Communiqué ohne Wissen der anderen Minister, speziell ohne jenes des Ministers des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern lanciert werde.

Sofort wie er gehört habe, daß **Se. Majestät** den Baron Conrad seiner Stelle enthoben habe, besprach er die Sache mit beiden Regierungen wegen eventueller Erlassung einer orientierenden Verlautbarung, es sei aber zu spät gewesen. Das erste, was er von seinem Kollegen dem Kriegsminister erwartete und erwarten mußte, war, daß er sich an ihn wende. Das ist aber nicht geschehen. Er wäre ihm selbstverständlich in konziliantester Weise entgegengekommen.

Er wäre nicht in der Lage, an der Spitze der kaiserlichen und königlichen Regierung zu bleiben, wenn es weiter möglich sein sollte, daß Communiqués eines gemeinsamen Ministers ohne seine vorherige Zustimmung erscheinen. In dieser Beziehung verweise er auf das harmonische Zusammengehen der kaiserlichen und königlichen Regierung mit den beiden Regierungen, das in solchem Belange geradezu selbstverständlich sei.

Er werde sich bezüglich des weiteren Vorgehens mit dem Kriegsminister ins Benehmen setzen, möchte aber noch bemerken, daß es entschieden besser wäre, wenn die militärischen Kreise weniger mit der Feder tätig sind.^c

^c *Randbemerkung Franz Josephs sehr wahr.*

Der Kriegsminister führt aus, daß er um 11 Uhr vormittags von der Enthebung verständigt wurde mit der Weisung, die Sache in keiner Weise zu erwähnen, weil Se. Majestät wünsche, daß dieselbe noch ein bis zwei Tage hinausgezogen werde. Er habe tatsächlich mit niemanden, nicht einmal mit seinem Präsidialchef davon gesprochen. Zu seinem Erstaunen brachten schon die nächsten Morgenblätter die Sache. Da habe er es für notwendig erachtet, wegen der Stimmung in der Armee eine Mitteilung an die Presse gelangen zu lassen. Er werde sich übrigens dem geäußerten Wunsche akkommodieren und möchte nur hinzufügen, daß, was sonst noch in den Zeitungen stand, nicht von ihm oder seinem Preßbureau stamme. Es wurde auch das Ausgeben eines Dementis eingehend erwogen, jedoch aus dem Grunde unterlassen, weil er der vermutlich richtigen Anschauung wäre, daß jegliche weitere Enunziation, die teilweise fingierte Erregung der Presse steigern würde, da schließlich das korrekteste Dementi noch immer Gelegenheit zu Nörgeleien geben kann, für denjenigen, der solche hervorrufen will.

Der Kriegsminister bezieht sich auf verschiedene Artikel, die angeblich von einem hohen General herrühren, bedauert, daß er als kriegslustig bezeichnet werde, wo er doch behaupte, daß wir nicht kriegsbereit seien. Allen diesen Artikeln stehe er fremd gegenüber.

Der Vorsitzende und Graf Khuen bemängeln nochmals, daß kein Dementi darüber erfolgte, daß die weiteren Verlautbarungen aus dem Kriegsministerium stammen, wobei ersterer [Aehrenthal] wiederholt als einziges Mittel zur Verhütung derartiger Vorkommnisse das Einvernehmen bezeichnet, das ein gemeinsamer Minister mit den anderen beziehungsweise mit dem Minister des Äußern pflegen muß, während letzterer [Khuen-Héderváry] betont, daß, wie er schon erwähnt habe, ein Preßbureau aus Fachleuten bestehen müsse, welche die Art und Weise der Behandlung solcher Dinge verstehen, was man von Offizieren nicht verlangen könne. Daher sei das Preßbureau des Kriegsministeriums überflüssig, jenes des Ministeriums des Äußern genüge. Man sei, wenn man sich in solchen Dingen nicht auskenne, à la merci von Leuten, die uns allen zusammen nicht wohlwollen. Er danke dem Kriegsminister für seine Aufklärung. Wenn ein Mißverständnis vorlag, lag es darin, daß kein Dementi erfolgte über Publikationen, die als vom Kriegsministerium ausgehend bezeichnet wurden und Differenzen zwischen zwei gemeinsamen Ministern an die große Glocke brachten.¹⁶

Es wird hierauf das Budget des Ministeriums des Äußern samt den Nachtragskrediten angenommen, wobei – über Wunsch des kgl. ung. Finanzministers – Graf Aehrenthal die Versicherung abgibt, daß Nachtragskredite nur dann angesprochen werden, wenn die bezüglichen Ausgaben nicht vorauszusehen sind. Alle anderen Posten würden, so wie dies schon bisher geübt, im Vorschlage erscheinen.

Der Vorsitzende ersucht nun, ihm den Bedeckungsmodus für die zum Ankaufe des Missionspalais in Bukarest benötigte Summe, zu deren Beausgabung er schon

¹⁶ Siehe dazu den *Immediatvortrag Aehrenthals* v. 20. 12. 1911, HHSrA., PA. I, CdM. XI/60, Z. 550/1911.

in der Konferenz vom 20. November 1910¹⁷ ermächtigt wurde, bekanntzugeben. Es wird beschlossen, die Bedeckungsfrage im schriftlichen Wege zwischen dem Ministerium des Äußern und beiden Finanzministerien zum Abschlusse zu bringen.

Es erfolgt nunmehr die Annahme der Budgets des gemeinsamen Finanzministeriums und des gemeinsamen Obersten Rechnungshofes.

Der Vorsitzende wird ermächtigt, Sr. Majestät über den Verlauf der Konferenz Bericht zu erstatten und rechtzeitig den 28. Dezember als Tag der Einberufung der Delegationen an Ah. Stelle in Antrag zu bringen. Den Delegationen wird ein viermonatliches Budgetprovisorium, nicht aber die Vorlagen übermittelt werden. Für die Vorsektion im Dezember sind zwei bis drei Tage in Aussicht genommen. Da der Empfang der Delegationen kein staatsrechtlicher Akt sei, sondern nur einen Huldigungsakt darstelle, kann derselbe auch zu Beginn der ordentlichen Session stattfinden. Der Frage des Zeitpunktes dieser letzteren wird im Jänner nähergetreten werden. Der Vorsitzende bezeichnet es als wünschenswert, daß gegenwärtig mitten in so aufgeregter Zeit die schwierigen politischen Fragen nicht oder wenigstens nicht ausführlich berührt werden.

Der k. k. Ministerpräsident regt noch an, daß bei dem Umstande, als das österreichische Parlament die Auffassung des neuen Kriegsministers nicht kenne, dieser in den Delegationen seinen Standpunkt zum Wehrgesetze im Interesse der glatten Votierung desselben zum Ausdrucke bringe, was G d I. von Auffenberg mit dem Hinweise auf seine in dieser Sitzung schon abgegebene Erklärung, wie dringlich er die Erledigung der in den Parlamenten eingebrachten Wehrvorlagen halte, zusagt.¹⁸

Nach Annahme des über die Konferenz zu publizierenden Communiqués wird die Sitzung um ½ 4 Uhr geschlossen.

Aehrenthal

Ich habe den Inhalt dieses Protokolles zur Kenntnis genommen.
Wien, am 7. Jänner 1912. Franz Joseph.

¹⁷ GMCPZ. 483.

¹⁸ Über Vortrag Aehrenthals v. 8. 12. 1911 wurden mit den Handschreiben v. 10. 12. 1911 an Aehrenthal, Khuen-Héderváry und Stürgkh die Delegationen für den 28. 12. 1911 nach Wien einberufen, HHSStA., Kab. Kanzlei, KZ. 3517/1911. Mit Vortrag des gemeinsamen Ministeriums v. 15. 12. 1911 wurde die Einbringung des gemeinsamen Budgetprovisoriums für die ersten drei Monate des Jahres 1912 in die Delegationen erbeten, resoliert mit Ah. E. v. 18. 12. 1911, ebd. 3583/1911. Nach der Annahme des Budgetprovisoriums durch die Delegationen wurde dieser über Vortrag Aehrenthals v. 30. 12. 1911 mit Ah. E. v. 30. 12. 1911 sanktioniert, ebd. 3692/1911. Auf Vortrag des gemeinsamen Ministeriums v. 27. 2. 1912 wurde mit Ah. E. v. 10. 3. 1912 sowohl das gemeinsame Budgetprovisorium für die Zeit v. 1. 4. bis 31. 10. 1912, als auch der Voranschlag für das Jahr 1912 resoliert, HHSStA., Kab. Kanzlei, KZ. 539/1912. Der Voranschlag des gemeinsamen Ministeriums für die Delegation des Reichsrates in KA., MKSM., Karton 1086, Fasz. Voranschlag pro 1912. Fortsetzung über das Budget für 1912 in GMR. v. 14. 4. 1912, GMKPZ. 492.